ASIEN 24.11.2020 | Henning Effner

Nun sag', wie hältst du's mit China?

Allianz statt Erpressung – das erwartet Südkorea von Joe Biden. Der Umgang mit Peking aber dürfte für Konflikte sorgen. Und wie reagiert Nordkorea?

Südkoreas Präsident Moon Jae-In war einer der ersten, der Joe Biden gratulierte, nachdem mehrere US-Nachrichtensender die Wahl als entschieden bezeichnet hatten. In seinen Glückwünschen betonte er die Stärke der Allianz und die gemeinsamen Werte, die beide Länder miteinander verbinden.

Präsident Moon dürfte erleichtert sein, dass mit Joe Biden wieder Berechenbarkeit und Verlässlichkeit in die Beziehungen zu den USA einkehren werden. Unter Präsident Trump war das Militärbündnis zwischen Washington und Seoul erheblichen Spannungen ausgesetzt gewesen und hatte ernstzunehmende Risse gezeigt. Trump sah in dem Bündnis ein schlechtes Geschäft, bezeichnete Südkorea als sicherheitspolitischen Trittbrettfahrer und setzte Seoul unter Druck, sich stärker an den Kosten für die in Südkorea stationierten US-Truppen zu beteiligen. So forderte er, den südkoreanischen Beitrag von knapp 1 Milliarde US-Dollar auf 5 Milliarden US-Dollar zu verfünffachen und drohte damit, US-Truppen aus Südkorea abzuziehen, falls Seoul den Forderungen nicht nachkommen sollte.

Unter Biden ist zu erwarten, dass die bilateralen Beziehungen wieder in ein ruhigeres Fahrwasser gelangen. Er dürfte alles daransetzen, verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen und die Partnerschaft mit Seoul wieder auf ein stabiles Fundament zu stellen. Bereits im Wahlkampf hatte er Trump dafür kritisiert, den Bündnispartner mit Truppenabzugsdrohungen zu erpressen, und angekündigt, die Allianz mit Südkorea wieder zu stärken.

Eine Stärkung der Allianz bedeutet allerdings auch, dass die Erwartungen der USA an den Bündnispartner Südkorea steigen dürften, vor allem im Hinblick auf den Umgang mit China. Joe Biden wird aller Voraussicht nach an einem harten Kurs gegenüber China festhalten, dürfte dabei jedoch strategischer vorgehen als Trump und auf eine stärkere Einbindung traditioneller Verbündeter wie Südkorea setzen. In Seoul wird man sich daher darauf einstellen müssen, dass der Druck aus

Washington, im Konflikt zwischen den USA und China Farbe zu bekennen und sich auf die Seite der USA zu schlagen, zunehmen wird.

In Seoul wird man sich darauf einstellen müssen, dass der Druck aus Washington, im Konflikt zwischen den USA und China Farbe zu bekennen und sich auf die Seite der USA zu schlagen, zunehmen wird.

Südkorea, das China angesichts der intensiven Wirtschaftsbeziehungen nicht verprellen möchte, ist dazu jedoch nicht bereit. Erst vor wenigen Tagen setzte Seoul seine Unterschrift unter das regionale Freihandelsabkommen RCEP (Regional Comprehensive Economic Partnership), das unter chinesischer Führung zwischen 15 asiatischen Staaten ausgehandelt worden war. Für die Zukunft ist somit zu erwarten, dass die Frage nach dem Verhältnis zu China in den Beziehungen zwischen den USA und Südkorea noch für einigen Konfliktstoff sorgen wird.

Ein bündnisorientierter Ansatz der USA gegenüber China bedeutet auch, dass die zukünftige US-Regierung der trilateralen Zusammenarbeit zwischen den USA, Japan und Südkorea mehr Gewicht beimessen wird. Washington dürfte deshalb den Druck auf Tokio und Seoul erhöhen, ihre bilateralen Beziehungen zu verbessern. Diese haben sich in den vergangenen Jahren extrem verschlechtert, vor allem aufgrund tief verwurzelter historischer Konflikte. Aus der Perspektive Washingtons hat der andauernde Streit zwischen Seoul und Tokio negative Auswirkungen auf die Machtbalance in Ostasien. Er spaltet die beiden wichtigsten US-Alliierten in der Region und schwächt damit die Position Washingtons gegenüber Peking.

Der zukünftige US-Präsident Biden dürfte bestrebt sein, dies zu ändern. Keine leichte Aufgabe, da es Tokio und Seoul sehr schwerfallen wird, über den eigenen Schatten zu springen und aufeinander zuzugehen. China dürfte einer verstärkten trilateralen Zusammenarbeit zwischen den USA, Japan und Südkorea zudem nicht tatenlos zusehen, sondern im Gegenzug den Druck auf Südkorea erhöhen und gegebenenfalls mit wirtschaftlichen Konsequenzen drohen.

China dürfte einer verstärkten trilateralen Zusammenarbeit zwischen den USA, Japan und Südkorea nicht tatenlos zusehen.

Aus Pjöngjang gibt es bisher noch keine Reaktion auf den Wahlsieg Joe Bidens. Nordkorea hatte vermutlich auf eine Wiederwahl Donald Trumps gehofft. Trump hatte sich als erster amtierender US-Präsident zu direkten Verhandlungen mit Pjöngjang bereiterklärt und war während seiner Amtszeit dreimal mit Nordkoreas Machthaber Kim Jong-

Un zusammengetroffen, um über Nordkoreas Atomprogramm zu verhandeln. Die Gipfeltreffen waren zwar letztlich ohne Ergebnis geblieben, hatten jedoch Bewegung in die festgefahrenen Beziehungen gebracht. Pjöngjang dürfte darauf gehofft haben, dass es nach einer Wiederwahl Trumps zu einem weiteren Gipfeltreffen kommt, auf dem ein Durchbruch in den Verhandlungen hätte erzielt werden können. Mit dem Wahlsieg Bidens sind derartige Hoffnungen enttäuscht worden.

Joe Biden hatte während des Wahlkampfs Trumps Nordkorea-Politik und sein enges persönliches Verhältnis zu Kim Jong-Un scharf kritisiert. Wie Bidens zukünftige Nordkorea-Politik aussehen wird, ist derzeit noch unklar. Erwartet wird, dass Biden mehr Wert auf multilaterale Abstimmung legen wird. Trumps Gipfeldiplomatie mit Kim Jong-Un wird Biden vermutlich durch einen bottom-up-Ansatz ersetzen, der zunächst Verhandlungen auf Arbeitsebene vorsieht. Ein persönliches Treffen mit Kim Jong-Un hat Biden im Wahlkampf zwar nicht ausgeschlossen, er dürfte dazu jedoch erst bereit sein, wenn zuvor substantielle Verhandlungsfortschritte auf Arbeitsebene erzielt worden sind. Für Nordkorea wäre ein derartiger Verhandlungsansatz problematisch, da er weitaus komplizierter und zeitintensiver wäre und keine raschen Ergebnisse erwarten ließe.

Wie Nordkorea auf den Wahlsieg Bidens reagieren wird, bleibt abzuwarten. Ein Blick in die Vergangenheit bereitet Anlass zur Sorge: Bei vergangenen Regierungswechseln in den USA hatte Nordkorea oft versucht, den neuen Amtsinhaber unter Druck zu setzen. So führte Pjöngjang nur wenige Wochen nach der Amtseinführung Donald Trumps im Jahr 2017 Raketentests durch, ebenso in den ersten Monaten nach der Amtsübernahme Barack Obamas im Jahr 2009. Es ist nicht auszuschließen, dass es auch in den ersten Monaten der Biden-Präsidentschaft zu Spannungen kommt. Auch in Südkorea zeigt man sich daher besorgt. Der südkoreanische Wiedervereinigungsminister Lee In-Young rief Nordkorea bereits dazu auf, während des Regierungswechsels in den USA auf Provokationen zu verzichten.

Derzeit spricht einiges dafür, dass Nordkorea in den kommenden Monaten zunächst eine abwartende Haltung einnehmen wird.

Insgesamt spricht derzeit allerdings einiges dafür, dass Nordkorea in den kommenden Monaten zunächst eine abwartende Haltung einnehmen wird. Nordkoreas Fokus liegt derzeit auf den großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten im eigenen Land und auf der

Eindämmung der Corona-Pandemie. Außerdem dürfte Pjöngjang nach wie vor an einer grundlegenden Transformation der Beziehungen zu den USA interessiert sein. Auch wenn diese unter Biden unwahrscheinlich erscheint, könnte Pjöngjang es für angebracht halten, zunächst einmal abzuwarten und zu schauen, welche Richtung Biden in seiner Nordkorea-Politik einschlägt.

Nordkoreas Geduld wird allerdings begrenzt sein, und darin liegt das eigentliche Konfliktpotenzial. Biden wird sich zunächst auf die großen innenpolitischen Herausforderungen konzentrieren müssen und Nordkorea vermutlich keine Priorität einräumen. Sollte die zukünftige US-Regierung Nordkorea ignorieren oder Verhandlungen auf die lange Bank schieben, könnte Pjöngjang die Geduld verlieren und sich gezwungen sehen, die Aufmerksamkeit Washingtons durch dosierte Provokationen auf sich zu lenken. Dieses Szenario gilt es zu verhindern. Es ist deshalb zu hoffen, dass die neue US-Regierung gegenüber Pjöngjang möglichst frühzeitig Dialog- und Verhandlungsbereitschaft signalisiert.

Dies läge auch im Interesse von Südkoreas Präsident Moon Jae-In, der sich von Biden eine möglichst rasche Wiederaufnahme des Dialogs mit Nordkorea erhofft, die auch den Weg für eine Wiederannäherung zwischen Pjöngjang und Seoul ebnen würde. Allerdings läuft Präsident Moon die Zeit davon, da seine Amtsperiode im Frühjahr 2022 endet. Die verbleibenden 16 Monate seiner Amtszeit sind für ihn die letzte Möglichkeit, die Annäherung zwischen Nord- und Südkorea – das wichtigste Anliegen seiner Präsidentschaft – voranzubringen. Er wird daher vermutlich alles daransetzen, Joe Biden davon zu überzeugen, auf Nordkorea zuzugehen und nicht zur passiven Politik der „strategischen Geduld“ der Obama-Zeit zurückzukehren. Ob ihm dies gelingen wird, ist zwar fraglich, aber nicht ausgeschlossen, denn in Joe Biden hat Moon Jae-In nun einen vertrauenswürdigen Partner, der für die Anliegen Südkoreas mehr Verständnis zeigen dürfte als Donald Trump, der auf die Interessen Seouls keine Rücksicht genommen hatte.



Henning Effner
Bangkok

Henning Effner leitet das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bangkok, Thailand. Zuvor leitete er das Büro in Seoul, Südkorea.